

Yom Kippur, Tekiez Halle und der Freundeskreis Mölln – Bündnisse und Verbundenheit

Esther Dischereit

Als der Jahrestag nach dem Attentat von Halle, das am 9. Oktober 2019 verübt wurde, heranrückte, kamen Betroffene und Überlebende wieder zusammen. Auch viele derjenigen, denen der Anschlag nicht gegolten hatte, wollten sich zu dieser schrecklichen Tat verhalten und ihre Anteilnahme zum Ausdruck bringen. Nicht nur die, die davongekommen waren, waren untereinander in Verbindung geblieben. Auch Menschen und Initiativen, die an anderen Orten gegen rechte, rassistische, antiziganistisch oder antisemitisch motivierte Angriffe kämpften, hatten sich gemeldet und den Kontakt gesucht.

Ein Mädchen und eine Frau sind angekommen. Es ist der 9. Oktober 2020, der erste Jahrestag nach dem Anschlag des Attentäters von Halle auf die Synagoge, den Kiez-Döner, heute Tekiez, und weitere, bei dem zwei Menschen ermordet und 66 Menschen einem Mordversuch ausgesetzt waren, weitere wurden verletzt, zum Teil sehr schwer. »Ich habe ein Leben vor dem 9. Oktober und eines danach«, hatte Dagmar M. vor Gericht gesagt, welches das Verfahren zur Verurteilung des Täters Stephan B. am 21. Juli 2020 aufnahm.

Die beiden Frauen sind so früh hier, dass die Absperrungen für den bevorstehenden Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier noch nicht platziert sind. An der Mauer der Synagoge in Halle liegen Blumen, die Bürger*innen haben Kerzen hergebracht, wenige kleine Steine wie man sie auf jüdischen Gräbern niederlegt, ein Blumengesteck: Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale), ein Kranz der Mobilen Opferberatung Halle. Auf den Schleifen steht in Erinnerung an Jana L.: »In tiefer Trauer und Wut«. Ihr Lebensalter: »40 Jahre«, darunter das Geburtsdatum, dann das Todesdatum. Für Kevin S. wird der Kranz am Kiez-Imbiss liegen – daneben der schwarzrotgoldenen kenntlich gemachte Kranz des Bundespräsidenten, ein kleines Schild: No No.

In der benachbarten Straße, In der Großen Steinstraße 30, sind an den Stolpersteinen zum Gedenken an Fanny Koppel, deportiert nach Minsk 1941, ermordet und Rosalie Koppel, Polenaktion 1938, Schicksal unbekannt, zwei gelbe Rosen niedergelegt. Die metallische Oberfläche glänzt wie frisch gereinigt. Vor dem Kiez-Döner in der Ludwig-Wucherer-Straße, der jetzt »Tekiez« heißt und zu einem Frühstückscafé umgebaut wurde, ist ebenso wie an der Synagoge eine Steinplatte eingelassen mit der Aufschrift: »Im Gedenken an Jana Lange und Kevin Schwarze und alle weiteren Opfer des antisemitischen Terroranschlags am Yom Kippur 5780 – 9. Oktober 2019 auf die Hallesche Synagoge und einen Imbiss.«

Dahinter, auf der Fensterscheibe des Ladens, der 2020 ein Kiez-Döner, Bistro, Spätkauf war, werden Kaffee, Snacks und Getränke angeboten, drinnen soll man Abstand halten und sich hinter der Theke stehend entscheiden: mit oder ohne Zwiebeln oder die Gerichte mit Reis.

Vor der Bodenplatte, zwischen Blumen und Schottersteinen, liegt ein handgemaltes Papier mit dem Text: »INTOLERANZ und Rassismus gehören NICHT (!) in die Gesellschaft, in der ich leben möchte.«

Auf dem Weg zum »Raum der Erinnerung und Solidarität« von Halle gegen Rechts, Bündnis für Zivilcourage, Mobile Opferberatungsstelle und anderen Am Steintor in Halle, dem partizipatorischen Ausstellungsprojekt, an dem Talya Feldman als Konzeptkünstlerin, die selbst überlebte, mitwirkte, demonstrieren Bewohner*innen mit einer Plane, die vom zweiten Stock aus der Fensterfront eines Altbaus herabhängt: »Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus – tötet.«

In der Ulrichskirche, dem zentralen und staatsoffiziellen Gedenkort des Tages, sind die Flaggen Sachsen-Anhalts, der Stadt Halle und die Deutschlandfahne platziert, in der Mitte vor dem Hintergrund der Orgel Säulen als Träger zweier Kerzen, mächtig wie auf den Altären christlicher Kirchen. Zur Tatzeit um 12.01 Uhr läuteten die Kirchenglocken der Stadt, ein Friedensgebet folgte, stellvertretend gehalten von Friedrich Kramer, dem Landesbischof der Ev. Kirche für Mitteldeutschland. Für drei Minuten sollte das öffentliche Leben zum Erliegen kommen, die Straßenbahnen und Busse hielten an. Vom Roten Turm der Stadt erschallte das Lied: Hevenu shalom alejchem.

Das Urteil gegen den Attentäter wurde am 21. Dezember 2020 in Magdeburg durch das Oberlandesgericht Naumburg gesprochen: »Lebenslänglich« und »besondere Schwere der Schuld« lautete der Urteilsspruch. Die Betroffenen Aftax Ibrahim und İsmet Tekin legten Revision ein, weil das Gericht den Anschlag auf sie nicht als Mordversuch wertete.

Durch die Sicherheitskräfte waren die Orte des Gedenkens, die Synagoge und die Straße vor dem Frühstückscafé Tekiez, damals noch Kiez-Döner, weiträumig abgesperrt, sodass man eigentlich von einer Aussperrung der Bürger*innen sprechen konnte, ein Verweis der Zivilgesellschaft auf die Position des Zuschauens, ihre eigenen Angelegenheiten betreffend. Dabei war es ja gerade die Zivilgesellschaft gewesen, die unmittelbar nach der Tat mit großer Anteilnahme dafür hatte sorgen können, dass die Opfer des Anschlags sich in Solidarität aufgehoben fühlen konnten.

»Das war für mich persönlich die wichtigste Schlussfolgerung nach dem Anschlag, obwohl das möglicherweise irritierend klingt. Aber meine allgemeine Einstellung zur Situation in unserem Land ist nach dem Anschlag optimistischer geworden als vorher, [...] gerade diese unglaubliche Welle von Solidarität, von Anteilnahme von einfachen Menschen, [...] ich meine jetzt nicht, dass Herr Steinmeier, Herr Seehofer am nächsten Tag oder Herr Dr. Haselhoff am gleichen Tag am Abend um 23.30 Uhr nach Halle gekommen sind [...], darum geht es nicht, es geht um einfache Menschen, nicht nur aus Halle, nach den Adressen von überall [...], Menschen, die sich an uns gewandt haben, die E-Mails geschickt haben, Briefe, WhatsApp, Facebook, alle möglichen Medien, Nachrichten – da kann man die Geografie der Bundesrepublik danach lernen oder von Europa. Es gab Mails aus Australien, aus Singapur, aus den Vereinigten Staaten, selbstverständlich aus Israel, aus allen europäischen Ländern und aus Deutschland fast von überall. Es ist wirklich erstaunlich, wie viele Menschen das waren und welche Worte sie gefunden haben. Wir haben geplant, diese E-Mails und auch meine Antworten, [...] damit so etwas wie eine Ausstellung zu machen, die Briefe, die Geschenke, die wir bekommen haben. Ein Beispiel: Gleich nach Yom Kippur beginnt das Sukkot-Fest, das Laubhüttenfest, und aus Mannheim, aus der jüdischen Gemeinde – die haben verstanden, dass wir jetzt keine Zeit haben für unsere Kinder das Sukkotfest vorzubereiten. Sie haben uns sofort nach Yom Kippur ein Paket mit Geschenken zu Sukkot geschickt, damit wir unseren Kindern diese Geschenke geben können. Das kann man mit Worten nicht beschreiben. Noch ein Beispiel: Bei diesem Anschlag wurde das Einfahrtstor kaputtgemacht, die Antriebsanlage. Die Produzentin dieser Anlage, diese Firma sitzt irgendwo in Baden-Württemberg, hat im Fernsehen gesehen, dass sie kaputt ist, und sie hat uns einfach eine neue Anlage gespendet. Diese Anlage wurde schon eingebaut. Ich kann zwei, drei Stunden darüber weiter erzählen, das ist unglaublich, wie viel Solidarität [es gab] [...], Shabbat am 11.

Oktober – das ist etwas, was ich nie in meinem Leben erwartet hätte und nie in meinem Leben gesehen habe. Ca. 2.000 Menschen, Hallenser – und Halle ist nicht New York [...] – 2.000 Menschen sind zur Halleschen Synagoge gekommen, um die Synagoge von außen zu schützen und Solidarität zu zeigen. Die Straße war absolut voll mit Menschen, das ist wirklich unglaublich – ich verstand, dass die normalen Menschen hier in diesem Land in absoluter Mehrheit sind und das macht mir wirklich Hoffnung.«

Max Privorozki, Geschäftsführer und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Halle, sagt das knapp acht Monate nach dem Anschlag im Gespräch mit NSU-Watch und dem Verband der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (25.05.2020, Moderator*innen: Caro Keller und Heike Kleffner). Das Gespräch begann mit einer Würdigung der beiden getöteten Menschen Jana L. und Kevin S.: »Jedwedes Attentat ist ein Attentat zu viel und kann nicht gerechtfertigt werden, »egal aus welcher Religion« oder »aus welchen Gründen, ob aus rassistischen Gründen oder anderen«. Max Privorozki hatte nach dem nachfolgenden Anschlag in Hanau, bei dem am 19. Februar 2020 neun Menschen einem weiteren Anschlag aus rassistischen Gründen zum Opfer fielen, spontan eine Kerze in die Hand genommen und an dem Gedenken für die Opfer teilgenommen. Er sagte, er habe hier gesprochen, »nicht weil ich Vorsitzender der jüdischen Gemeinde bin«, sondern »weil ich das einfach als Mensch wollte« (ebd.). Und er sagt weiter, er fühle sich seit dem 9. Oktober »wesentlich mehr hier zu Hause als vorher«.

Diese Rede mag stellvertretend stehen für eine Position, die viele der Überlebenden des Anschlags von Halle formulierten. Sie waren von Anbeginn an von dem Wunsch getragen, derer zu gedenken, die getötet und derer, die verletzt wurden, und sie achteten darauf, dass die Menschen, die als Muslime – »Nahöstler« wie der Täter sagte –, als geflüchtete Gelesene und als Schwarze Menschen den Anschlag überlebt hatten, sich daran beteiligen konnten, im Gerichtssaal und öffentlich zu sprechen. Dazu gehört unbedingt die Ermunterung der Betroffenen, die einer Situation ausgesetzt sind, die sie außerordentlich belastet, nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch gegenüber der medialen Öffentlichkeit, in Bezug auf den Umgang mit Rechtsvertreter*innen und auch mit jenen, die ihnen als zunächst unbekannte Personen solidarisch begegnen wollen. Im Zusammenhang des Anschlags von Halle war es innerhalb einer Gruppe von Betroffenen möglich geworden, untereinander Respekt und Verständnis zu zeigen, Menschen, die einander ja weder durch den Synagogenbesuch per se bekannt gewesen waren noch die Betroffenen aus dem

Tekiez oder weitere mit diesen. Nach ihren Reden vor Gericht applaudierte das Publikum spontan. Später wurde diese Bekundung des Respekts durch das Gericht untersagt.

Es spielte, wie schon in dem NSU-Verfahren vor dem Oberlandesgericht in München zu beobachten gewesen war, eine Rolle, ob auch die Nebenklagevertreter*innen zusammenarbeiten konnten. Im Halle-Verfahren, das in Magdeburg stattfand, ist dies einem Teil der Nebenklagevertreter*innen möglich gewesen, was zu einer fruchtbaren Interaktion geführt hat. Immer wieder war zu bemerken, dass Anwälte*innen einander unterstützten und ergänzten. Dies war besonders von Bedeutung, weil es dem Generalbundesanwalt durchaus nicht von Anfang an deutlich war, dass der Anschlag auf die Besucher*innen des Gottesdienstes in der Synagoge als Mordversuch gegen 51 Menschen anzusehen war. Bereits im Vorfeld agierten hier die späteren Nebenklagevertreter*innen, Dr. Kati Lang und Kristin Prietzyk, und fragten immer wieder nach. Der Mobilen Opferberatungsstelle Halle war es schließlich gelungen, die Belange der auch räumlich unterschiedlich Betroffenen in einer gemeinsamen Kommunikation, sofern das gewünscht war, aufzunehmen: Eine Teilnehmer*innengruppe war aus Berlin angereist (sie waren überwiegend englischsprachig), Betroffene der jüdischen Gemeinde Halle (sie sprachen überwiegend Russisch und Deutsch) sowie Betroffene des damaligen Kiez-Döners und weitere. Auch OFEK, eine Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, hatte sich eingebracht.

Was im NSU-Verfahren in München nur partiell entwickelt war, etwa zu Prozessbeginn und zu dessen Ende – allerdings stellte die Verfahrensdauer von insgesamt fünf Jahren eine unvergleichbar andere Dimension dar –, konnte von Anbeginn an in Magdeburg deutlich gemacht werden: wie wichtig es war, einer solchen Tat die sichtbare Präsenz derer gegenüberzustellen, die ausgelöscht und aus der Gesellschaft »ausgemerzt« werden sollten. Die Betroffenen und Nebenklagevertreter*innen erhielten die Möglichkeit, öffentlich zu sprechen, wann immer sie das für richtig hielten. Radio Corax spielte hier eine verlässliche wichtige Rolle, eine kleine Bühne gegenüber dem Gerichtsgebäude stand zur Verfügung und an allen Prozesstagen waren Mahnwachen und Stände organisiert. Die Betroffenen konnten sich kontinuierlich »begleitet« fühlen, neben einer persönlichen Begleitung, die die Mobile Opferberatungsstelle Halle mitorganisierte. Dass »draußen« – im öffentlichen Raum – Reden gehalten wurden, war im Gerichtssaal noch zu hören. Die »drinnen« waren mit denen »draußen« ständig symbolisch verbunden.

Es war gelungen, diese Sichtbarkeit auf ein Bündnis zu stützen, das breit aufgestellt und nur deshalb auch möglich war: durch AK Antira Magdeburg, Borderless Solidarity, FAU Magdeburg, Feministisches Kollektiv Magdeburg, Kritische Jurist*innen Halle, Halle Postkolonial, Kiezdöner Soligruppe und Anwohner*inneninitiative Adam-Kuckhoff-Straße (Halle), um nur einige zu nennen. Hinzu kommen Einzelpersonen. An einigen Tagen war die Jüdische Studierendenunion Deutschland JSUD mit einem Stand vertreten. Immer wieder schloß sich ein Schofar-Bläser an, sein Beitrag, sich als Überlebender, der in der Synagoge gewesen war, auszudrücken.

Die Betroffenen, die Teil der Base Group Berlin waren, waren von Beginn an im öffentlichen Raum präsent und verstanden sich auch als Botschafter*innen ihrer Auffassung von Jüdischkeit im Sinne einer Verantwortlichkeit für alle Teile der Gesellschaft. Sie betonten, dass sie sich ausdrücklich gegenüber den als muslimisch gelesenen Menschen, den Geflüchteten und denen, die rassistisch oder aus Gendergründen verfolgt werden, solidarisch verstehen.

Base Group Berlin, geleitet von den Rabbiner*innen Rebecca Blady und Jeremy Borovitz, die religiös Modern Orthodox Judaism verkörpern, bezieht sich auf Hillel International, eine plurale jüdische Organisation, die sich insbesondere an jüdische Studierende und junge Erwachsene richtet, um sie darin zu bestärken, in jüdischen Zusammenhängen verantwortungsvolle Positionen zu übernehmen.

Wie Solidarität organisieren und Bündnisse erweitern? Während sich NSU-Watch – auch bereits ein bemerkenswerter Zusammenschluss verschiedener politischer Gruppen – im Zusammenhang der NSU-Ermittlungen nach 2011 erstmals gründete, konnte sich die unabhängige Berichterstattung aus dem Gerichtssaal in mehreren Sprachen jetzt auf sehr viel Erfahrung stützen; unabhängige Blogs wurden eingerichtet wie Prozess Report Halle, Democ oder Belltower News; Netz für digitale Zivilgesellschaft und andere kamen hinzu. Der Verband der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt berichtete konstant und entwickelte zusammen mit NSU-Watch eigene Podcast-Formate.

Auf jener Bühne vor dem Gerichtssaal in Magdeburg sprachen unterschiedliche Vertreter*innen und Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft: Politiker*innen, Dichter*innen, Eva Nickel vom Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN), selbst zweite Generation nach der Shoa, Marguerite Marcus, Mitbegründerin von Esra, einer Organisation von jüdischen Ärzt*innen und Psycholog*innen, Kamil Majchrzak, Aktivist für die Ghetto-Renten,

Larissa Korshevnyuk, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Magdeburg, die Zeitschrift Jalta, Ferat Koçak, Politiker der Linken und selbst Opfer rechter Gewalt in Berlin-Neukölln, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Ibrahim Arslan vom »Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992«, Kutlu Yurtseven von der Initiative Keupstraße, Köln, NSU-Tribunal. Der Migrationsrat Berlin besuchte den Prozess gegen den Attentäter mehrfach, sprach mit Betroffenen und stellte seine Podcasts den 80 Mitgliedsorganisationen, die er als Dachorganisation repräsentiert, zur Verfügung.

Wenige Monate nach dem Attentat in Halle, am 19. Februar 2020, ereignete sich das Attentat von Hanau. Neun Menschen starben bei diesem rassistischen Anschlag. Hier waren unter den Opfern Sinti*zze und Rom*nja. Ihr Schicksal ist, wie es auch jüdische Überlebende des Halle-Attentats später vor Gericht formulierten, mit der Erzählung ihrer Familien als Opfer des Holocaust oder Porajmos verbunden. »Der Urgroßvater starb in Auschwitz, sie in Hanau«, sagte Filip Goman, Vater der ermordeten Mercedes Kierpacz. Die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen erkennen das rassistische Tatmotiv und bestehen auf seiner Ächtung. Es wäre von Belang, auch den antiziganistischen Hintergrund zu nennen. Diesen Familien ist die öffentliche Anerkennung als NS-Opfer antiziganistischer »Rasse«verfolgung jahrzehntelang verweigert worden und antiziganistisch motivierte Straftaten werden erst seit 2017 in der Kriminalstatistik erfasst. Sie blieben Ungenannte und Unsichtbare, obwohl sie wegen ihrer Zugehörigkeit bedroht sind, und nicht als private Subjekte.

Die Sinti*zze und Rom*nja waren im Zusammenhang von rechtsextrem motivierten Anschlägen immer wieder nachfolgender Terrorisierung ausgesetzt. Vier Tage nach dem Anschlag in Halle erhielt der Vorsitzende des Verbands Deutscher Sinti und Roma in Baden-Württemberg, Daniel Strauß, eine Botschaft via Handy: »Nach Halle ist jetzt euer Kulturhaus dran«. Kurz zuvor hatte das Landeskriminalamt dringend empfohlen, die Sicherheitsmaßnahmen zu erhöhen. Oktoberfest-Attentat, Pogrom Rostock-Lichtenhagen, OEZ-Anschlag München, Halle – regelmäßig nahmen anonyme Täter*innen die Verbrechen zum Anlass, den Sinti*zze und Rom*nja-Communities anzukündigen, sie seien die nächsten. Auf der Zieldatenliste des NSU mit 10.000 Anschlagzielen sind muslimische, deutsch-türkische, queere, politische Einrichtungen zu finden und soziale Räume von Sinti*zze und Rom*nja sowie 233 jüdische Einrichtungen. Der Historiker Michael Brenner sagte nach dem Anschlag in Halle: »Die sprichwörtlichen Koffer, schon lange ausgepackt und

ausgeleert, stehen bei vielen Juden in Deutschland noch auf dem Dachboden. Wir sollten sie herunterholen. Es ist an der Zeit zu überlegen, was wir einpacken. Noch können wir sie stehen lassen, aber sie sollten bereit sein, denn der Tag, an dem wir sie brauchen, mag nicht mehr weit sein.« 6. Februar 2020. Das Attentat von Hanau hatte noch nicht stattgefunden.

Wie fragil die Situation bleibt, drückte Daniel Strauß für die Community der Sinti*zze und Rom*nja aus, als er Worte, die er nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 schon einmal gesagt hatte, 2021 wiederholte: »die Gefahrenlage ist so ernst, dass ich – und da bin ich nicht allein – immer einen gepackten Koffer mit dem Wichtigsten griffbereit habe, um meine Familie im Zweifel sofort im Ausland in Sicherheit zu bringen« (Mannheimer Morgen, 08.05.21). Er vertritt eine Bürgerrechtsbewegung, die sich seit Langem immer wieder mit der jüdischen Community verbindet.

Überlebende von Halle, sicher noch selbst vom posttraumatischen Schock gezeichnet, nahmen an der Gedenkveranstaltung teil und sprachen hier. Nach Prozessbeginn vor dem Oberlandesgericht Naumburg war die »Initiative 19. Februar Hanau« nach Magdeburg, dem Ort der Verhandlung, gekommen. Naomi Henkel-Gümbel, die den Anschlag in Halle überlebte, und Newroz Duman, Vertreterin der »Initiative 19. Februar Hanau«, sprachen ein Jahr später, 2021, auf der Möllner Rede im Exil, die die Familie Arslan und der Freundeskreis in jedem Jahr organisiert.

Die Organisierung der Solidarität hat innerhalb der politischen Linken die Bedeutung antisemitisch begründeter Verfolgung hervorgehoben und einen gemeinsam verstandenen Memory Activism gestärkt. Die Zivilgesellschaft ist lauter geworden gegen Rassismus und die Betroffenen ermächtigen sich selbst, sagte Katharina König-Preuss, Thüringer Landtagsabgeordnete und Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses, einmal.

Enver-Şimşek-Platz wird seit dem 19. September 2020 – zur gleichen Zeit fand das OLG Verfahren Naumburg wegen des Halle-Attentats in Magdeburg statt – in Jena-Winzerla ein Platz in jenem Stadtteil genannt, von dem aus das mörderische NSU-Trio seinen Ausgang nahm und im Jahr 2000 Enver Şimşek als erstes Opfer einer mehrjährigen Killerserie tötete. Die Familie ist zu der Zeremonie gekommen, die Witwe Adile, die Tochter Semiya mit Mann und Kind, der Sohn Abdulkерim Şimşek. Das war für die Familie wichtig, nicht das Urteil, das 2018 gesprochen wurde. Abdulkерim Şimşek sagt:

»In den 3025 Seiten des Urteils kommt mein Vater als Mensch überhaupt nicht vor. Dass er ein Familienvater war, dass er Ehemann war, dass er 38

Jahre alt war [...], nichts steht über ihn. Darüber, welche Folgen die Tat für uns hatte. NICHTS: Umso wichtiger ist, dass wir heute hier stehen. Dass wir nicht vergessen, was ihm angetan wurde. Dass wir nicht vergessen, wer er war. Dass wir alles tun, dass sich so etwas nicht wiederholt. Danke an alle, die gekommen sind und die uns immer wieder unterstützen.«

Zu diesem Zeitpunkt läuft auch der Prozess gegen Stephan E., den Mörder des CDU-Politikers und Regierungspräsidenten Walter Lübcke in Frankfurt a.M. Vertreter*innen von NSU-Watch nehmen sowohl hier als auch am Prozess gegen den Halle-Attentäter teil.

Innerhalb jüdischer Zusammenhänge entstand Bewegung und die Verfolgten aus rassistischen, antimuslimischen oder antiziganistischen Gründen wurden ausdrücklich in ihre Solidarität aufgenommen. Eine Spendenaktion der Jüdischen Studierendenunion erbrachte knapp 30.000 Euro und machte den Brüdern Rafik und İsmet Tekin, deren Familien durch den Anschlag in Halle auch materiell in den Ruin getrieben wurden – der damalige Kiez-Döner blieb durch die Polizei wochenlang geschlossen – Mut, einen Neuanfang zu wagen. Sie taten sich anfangs schwer, die Spende anzunehmen, wie sie sagten. Jetzt wird mit diesem Geld umgebaut und »Tekiez«, ein Frühstückscafé, ist entstanden. Der Täter von Halle hatte zuallererst jüdische Menschen auslöschen wollen, dem Jüdischsein ordnete er sowohl das Empowern von Frauen, LGBT-Menschen und schließlich von sämtlichen »Anderen«, etwa Schwarzen Menschen, geflüchteten Menschen, Eingewanderten und Muslim*innen zu. Insofern folgte er einer Rangigkeit in der Klassifizierung seiner vorgeblichen Feinde, allesamt galten sie ihm als Bedrohung des weißen Mannes. Im Urteil gegen den Täter wurden die Zielgruppen »Juden und Muslime« genannt sowie der Tatbestand der Holocaustleugnung und Volksverhetzung. Das Gericht sah insgesamt »seine antisemitische, rassistische, fremden- und frauenfeindliche Tatmotivation sowie seine grenzenlose Menschenverachtung« als konstitutiv für die Tat an.

Eine Hierarchisierung findet nicht nur von Täterseite aus statt, sondern auch in der Mehrheitsgesellschaft, wenn es um die Anteilnahme an den Opfern solcher Taten geht. Durch die Ebene der repräsentativen Politik wird dem Jüdischen in Deutschland ein privilegierter oder herausgehobener Status zugeordnet, in der unabhängigen antirassistischen Bewegung nicht, um nicht zuzugestehen, hier bedarf es einer besonderen Anstrengung, um das Dazugehören antisemitisch, auch antiziganistisch verfolgter Menschen zu wollen. Die Hierarchisierungen betreffen nicht nur das Ranking des Bedauerns und Mit-

fühlens, wenn es um antisemitisch verfolgte, rassistisch verfolgte und/oder antiziganistisch verfolgte Menschen und andere geht, sondern dieses Ranking sortiert auch nach Klassenzugehörigkeit, Armut und Bildungsstandard.

Sowohl in Hessen als auch in Sachsen-Anhalt werden landesweit einzu-richtende Opferfonds benötigt, damit eine Möglichkeit geschaffen wird – und hier gibt es diese Diskrepanz zwischen dem Glockenläuten in Halle, dem Besuch des Bundespräsidenten, der Rede des Ministerpräsidenten und den Fürbitten der Evangelischen Landeskirche –, jenseits der mitfühlenden Verlautbarungen unbürokratisch und direkt die Betroffenen zu unterstützen. Das Schicksal der Studentin Agata Maliszewska, die den Anschlag von Halle überlebte, dem Gerichtsverfahren in Magdeburg als Nebenklägerin und Zeugin beiwohnte und dann ihr BAföG durch ungerechtfertigten Entzug in Brandenburg verlor, bleibt ebenfalls ohne Worte. Es bedarf keiner weiteren Deutung, um zu verstehen, was struktureller Rassismus und Antisemitismus sind.

Um so dringlicher stellte sich die Aufgabe, in diesem einen Punkt, wie können die Folgen der Tat überwunden und die Schmerzen der Betroffenen gelindert werden, sich der gegenseitigen Unterstützung zu vergewissern und dafür Sorge zu tragen, dass das Schicksal jedes Einzelnen eine angemessene Würdigung erfährt.

Mitglieder des HFC-Fanclubs, der eher rechten »Saalefront« nahestehend – hier war der ermordete Kevin S. heimisch geworden, – betraten am Gedenktag 2020 den Kiez-Döner von Rafik und İsmet Tekin, sie trugen Sonnenbrillen und hielten eine geöffnete Bierflasche in der Hand. Die Besucher sahen sich um und würdigten, wie einem der ihren hier gedacht wurde. Während Kund*innen eine Cola bestellten und sich der Döner-Spieß drehte, standen sie gleichzeitig in einem Raum, der einem Tempel glich: Die Wand war tapeziert mit einem Fußballfeld in Großformat, ein T-Shirt vom HFC, rot mit zahlreichen Unterschriften darauf, ein anderes weiß-schwarz, ein Wimpel, eine Traueranzeige, aufgegeben von den »Fanclubs für Kevin S. und Jana L.«, zwei Maskottchen, Anzeige »Euer Kiez & Freunde«, kleine Sockel, die sich aus der Wand erheben, auf denen Erinnerungsfiguren platziert sind: ein Stofftiger, vor dem Hintergrund des Netzes im Fußballtor eine Anzeige des World Jewish Congress, kleine Kinderengel aus weißem Gips, eine rote Grablichtkerze, ein weißes Herz mit Schlaufe, ein schwarz-gelber Schal 2016, dahinter ein rot-weißer, »R.I.P. Jana & Kevin«, eine liegende kleine Skulptur eines Kinderengels »In stillem Gedenken.« Ein Gedicht: »Fünf Türme leben noch« in weißem Rahmen hinter Glas, eine weiße Grablichtkerze, daneben ein kleiner Topf mit einem Zitronenbaum.

Jetzt ist hier Tekiez entstanden: Ein Ort erfindet sich neu und seine Menschen leben.

»Wir sind keine Minderheit. Wir sind eine Mehrheit. Eigentlich ist jede Person eine Mehrheit. Man kann einen Menschen nicht derart gering schätzen. Ein Mensch kann so vieles. Wer hat diese Welt gestaltet und kann noch so vieles schaffen? Deshalb muss man zusammenhalten und zusammenarbeiten. Wenn der Prozess vorbei ist, wird die Aufmerksamkeit wahrscheinlich geringer werden. Dieser Fall hat mir gezeigt, dass ich persönlich zu wenig getan habe. Ich werde mehr tun für die Solidarität, mit guten Taten. Wenn einer böse ist – böse ist böse – man muss nicht gegen etwas Böses Böses tun, dann würde man nur das gleiche tun. Ich werde nach besten Kräften versuchen, Gutes zu tun, etwas Gutes zu machen. Wer davon hört, was ich tue, wer sieht, was ich tue, das ist mir wichtig. Und ob ich etwas tue oder nicht. [...] Für die Gesellschaft ist die Solidarität etwas, das sie stark macht. Die Leute von der Opferberatung, die normalen Menschen, die rings um uns waren, sie sind immer noch bei uns. Die sind die Besten, das kann ich sagen. Wir sind zusammen in Solidarität.« (İsmet Tekin)

Seit dem Verfahren gegen den NSU, das im Jahr 2013 begann, haben viele Gruppierungen der Zivilgesellschaft, die sich auf einzelne Fragen politischer Kämpfe konzentrieren, zusammengefunden, wenn es darum geht, den Überlebenden und Angehörigen von Opfern rechter, rassistischer, antiziganistischer und antisemitischer Gewalt beizustehen und Gemeinsinn, Bürgersinn oder Solidarität zu zeigen. Es gibt zivilgesellschaftlich organisierte Meldeverfahren, alternative Radiosender bis Antidiskriminierungsstellen und andere Strukturen der Gegenwehr, in denen eine Professionalisierung stattgefunden hat und auch bürgerlich etablierte Institutionen kommen nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen, was über diese Netzwerke geschieht und bekannt wird. Im Besonderen konnte im Halle-Prozess wie in einem Pilot-Verfahren durch die Betroffenen und ihre Nebenklagevertreter*innen gezeigt werden, wie eine bedeutende, aber regelmäßig in den Hintergrund gedrängte Aufgabe des Gerichts, nicht nur Recht zu sprechen, sondern die, denen Unrecht geschah, zu Wort kommen zu lassen, erfüllt werden kann. Das Engagement derer, die zuhören wollten, unterstützte sie dabei.

*Dank an Chana Dischereit für Hinweise, die Situation der Sinti*zze und Rom*nja betreffend.*

